

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales und der ausländischen Mitbürger** der Stadt Burgdorf am **14.06.2007** im Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/SozA/002

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:25 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Morich, Hans-Dieter

stellv. Vorsitzende

Rück, Stefanie

Mitglied/Mitglieder

Gilke, Anette
Heldt, Gabriele
Leunig, Alexander
Walter, Klaus-Dieter
Weber, Ulrike
Weilert-Penk, Christa
Wunn, Ina Prof. Dr.
Dr.

Beratende/s Mitglied/er

Bindseil, Helga
Effer, Ilse
Ehlers, Elsbeth
Moser-Schlicht, Bri-
gitte
Mrowka, Gertrud
Schulze, P. Michael

Verwaltung

Bürgermeister
Stadtrat
Gleichstellungsbeauftragte
Verw.-Fachangestellter
Verw.-Fachangestellter

Baxmann, Alfred
Philipps, Lutz
Pape, Petra
Borrmann, Thomas
Kindler, Thies

ab TOP 5 (16:55 Uhr)

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger am 06.11.2006
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Bericht über das Frauennachttaxi
5. Bericht über den Nachbarschaftstreff im Ostlandring
6. Vortrag über die Arbeit eines Seniorenbeirates
7. Information über die Fachtagung "Selbstbestimmt leben im Alter" vom 15.03.2007
8. Anfragen lt. Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger am 06.11.2006

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Borrmann berichtete über die bevorstehenden Behinderten- und Seniorenfahrten.

Die diesjährige Behindertenfahrt findet am 18. Juli 2007 statt; die Termine für die Seniorenfahrten sind der 04.09. und der 06.09.2007.

Nach umfangreichen Recherchen führen die Behindertenfahrt sowie die Seniorenfahrten in das Hotel "Aquarius" am Rande des Europareservats Riddagshausen bei Braunschweig.

Für die Behindertenfahrt konnte ein Hobbymusiker gewonnen werden, der für

Unterhaltung sorgen soll. Des Weiteren wird es eine Führung vom Waldforum geben. Die Kosten hierfür werden von der Stadt Burgdorf übernommen (3,00 € pro Person).

4. Bericht über das Frauennachttaxi

Frau Pape berichtete über das Frauennachttaxi und verteilte hierzu Info-Material. Die Anzahl der Fahrten der letzten Jahre sei gleich geblieben; sie liege bei ca. 325 Fahrten. Die Kosten für die Stadt Burgdorf liegen bei ca. 1.322,00 €. Das Taxiunternehmen Schnitzer sei das einzige Unternehmen, das das Frauennachttaxi noch anbiete. Da sich die Fahrten lt. dem Taxiunternehmen Schnitzer nicht mehr rechnen, beabsichtige auch dieses, die Verträge zu kündigen. Es bleibe zu überlegen, ob auf die Eigenbeteiligung des Taxiunternehmens Schnitzer ganz verzichtet oder auf 10 % ermäßigt werden könne, damit die Einrichtung des Frauennachttaxis weiterhin existieren könne.

Herr Leunig bat Frau Pape, den Vorschlag aufzulisten und in einer Vorlage aufzubereiten.

Frau Bindseil fragte, ob die Namen derer, die das Frauennachttaxi nutzen, bekannt seien und ob es sich immer um die selben Personen handele.

Frau Pape antwortete, dass die Namen bekannt seien und es sich häufig um junge Frauen aus den OT Ehlershausen – Otze sowie um ältere Frauen handele. Frauen mittleren Alters würden das Frauennachttaxi nicht so häufig in Anspruch nehmen.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass mit einem Zuschuss von 20.000 DM angefangen worden sei. Es wäre jedoch schade, wenn diese wichtige und gute Einrichtung wegfallen würde. Die Tendenz bei der SPD gehe dahin, das Frauennachttaxi zu erhalten.

Herr Morich sprach sich dafür aus, das Angebot eines Frauennachttaxis aufrechtzuerhalten. Frau Pape möge unter Beteiligung aller Fraktionen eine Vorlage erstellen.

5. Bericht über den Nachbarschaftstreff im Ostlandring

Frau Martens (Dipl. Pädagogin) vom Frauen- und Mütterzentrum, zuständig für die Sozialarbeit und Betreuung des Nachbarschaftstreffs, stellte ihre dortige Arbeit vor und verteilte einen Wochenplan und ein Papier mit Daten aus dem Nachbarschaftstreff.

Das Frauen- und Mütterzentrum biete seit 2002 offene Treffs für Frauen und Mädchen in einer Wohnung im *Ostlandring 33* an. Ziel sei es, dass möglichst viele Frauen und Mädchen aus dem Ostlandring untereinander in Kontakt kommen. Diese Nachbarschaftstreffs würden zahlreich aufgesucht. Es bestehe die Möglichkeit, Frauen in verschiedene Projekte einzubinden. Hierbei sei die praxisbezogene Arbeit sehr wichtig und werde auch gut angenommen. Für die Statistik: es gibt im Monat bis zu 600 Kontakte mit Frauen und Mädchen, wobei immer wieder neue hinzukommen. Es werden z.B. Sprach- und Schwimmkurse angeboten.

Die Gesundheitsförderung sollte mehr eingebracht werden. Hierfür sei jedoch eine Arbeitszeit von mehr als 7 Stunden notwendig.

Herr Morich lobte die hervorragende Arbeit.

Herr Leunig merkte an, dass man an den Zahlen sehe, dass die Betreuung vor Ort wichtig sei, um die Menschen in Kontakt unter sich und zur Umwelt zu bringen. Er halte die Arbeit für lobenswert und werde diese weiterhin unterstützen.

Frau Prof. Dr.Dr. Wunn erklärte, sie habe eine differenzierte Meinung. Sie gab zu bedenken, dass es viele soziale Institutionen gebe, die weiterhin bestehen wollen, da damit Gehälter von Personen gesichert werden und auch öffentliche Aufmerksamkeit erreicht werde. Sie halte die Institution des Nachbarschaftstreffs jedoch für sinnvoll.

Es gebe jedoch aus ihrer Sicht zwei konkrete Ergebnisse:

- I. Die Arbeit am Ostlandring in der Frauengruppe werde von Frau Martens exzellent durchgeführt. Sie könne die genannten Zahlen jedoch nicht bestätigen, nach ihrer Feststellung werde ein Angebot von durchschnittlich 4 – 7 Frauen besucht. Die geleistete Arbeit sei ausgezeichnet und insoweit auch gefördert worden. Das Ziel einer aktiven Integration sei ihrer Meinung nach nicht erreicht worden.
- II. Bei weiblichen Kindern und Jugendlichen bestehe weiterhin ein Bildungsdefizit.

Sie erklärte, dass man neu überlegen müsse, welche Ziele man mit einer Förderung erreichen wolle. Zunächst wäre der Ist-Zustand der Sozialarbeit in der Stadt aufzunehmen und zu analysieren. Man könne sich nicht damit beruhigen, dass etwas getan werde, sondern man müsse fragen, ob hierdurch die bestehenden Probleme behoben werden.

Ohne konkrete Zielsetzung wäre die Unterstützung des Nachbarschaftstreffs eine sinnlose Verschwendung von Fördermitteln.

Frau Weilert-Penk betonte daraufhin, dass man Unterschiede zwischen Theorie und Praxis machen müsse. Die Geschichte des Nachbarschaftstreffs fange damit an, dass eine Wohnungsnot bestanden habe und Überlegungen angestellt worden seien, wie ein besseres miteinander Leben gestaltet und Migrationprobleme gelöst werden könne.

Es gebe jedoch den Aspekt, dass immer neue Probleme entstehen.

Die geleistete Integrationsarbeit halte sie für sehr wichtig; sie sollte weiterhin in der bisherigen Form betrieben bzw. personell auf wenigstens eine Halbtagsstelle ausgeweitet werden.

Wenn die FDP eine Unterstützung des Treffs ablehne, würde sie sich als unsozial erweisen.

Frau Prof. Dr.Dr. Wunn wehrte sich gegen die Aussage "unsozial", sie habe lediglich eine Sachaussage getätigt.

Frau Mrowka kam auf die Ursprünge des Problems zu sprechen. Das Problem entstand, als viele Flüchtlinge kamen. Man habe es geschafft, den Flüchtlingen menschenwürdige Unterkünfte bereitzustellen. Integrationsarbeit könne man nicht messen.

Herr Leunig äußerte, dass die FDP in keinem Fall unsozial sei, sondern dass es sich um eine wissenschaftlich geprägte Aussage von Frau Prof. Dr.Dr. Wunn handle. Die Betreuung vor Ort am Ostlandring betrachte er als notwendig, da der Bedarf vorhanden sei. Das Angebot vor Ort sei enorm wichtig und das Projekt sollte weiter unterstützt werden. Ein zweiter Streetworker würde höhere Kosten verursachen.

Frau Gilke sagte, dass sie die Arbeit am Ostlandring großartig finde und diese voll unterstützt werden sollte.

Frau Moser-Schlicht äußerte, dass ein Ende der Integrationsarbeit nicht absehbar sei, da man ansonsten den Idealzustand erreicht hätte._

Frau Martens betonte, dass die Integration ein ständiger Prozess sei.

Frau Dr.Dr. Wunn erklärte, dass wir es heute am Ostlandring mit Migranten der 2. Generation mit überwiegend sozialen Problemen zu tun haben. Man solle nicht im Jetzt-Zustand verweilen, sondern müsse sich neue Ziele setzen. Sie stellte klar, dass sie keineswegs unsozial sei, sondern nur erreichen möchte, dass die finanziellen Mittel zielgerichtet eingesetzt werden.

Frau Effer merkte an, dass sie von dem Vortrag von Frau Prof. Dr.Dr. Wunn erschrocken sei und dies der Arbeit am Ostlandring nicht gerecht werde. Frau Prof.Dr.Dr. Wunn habe nicht vorgetragen, wie eine andere Arbeit auszusehen hätte. Die bisherige Arbeit sollte kontinuierlich weitergeführt werden und der Ausschuss sollte dies unterstützen.

Frau Bindseil äußerte, sie habe Frau Prof. Dr.Dr. Wunn so verstanden, dass sie die Arbeit im Ostlandring nicht abschaffen möchte, sondern lediglich angeregt habe zu bedenken, wofür öffentliche Fördermittel verwendet werden. Ohne ehrenamtliches Engagement könne man nicht auskommen, ansonsten müsste die Stadt sehr viel Geld für weitere Vollzeitkräfte ausgeben.

6. **Vortrag über die Arbeit eines Seniorenbeirates**

Herr Büttner bedankte sich für die Einladung und stellte die Arbeit und die Anregungen des Seniorenforums vor:

Das Seniorenforum existiere seit ca. 1 Jahr. Es bestehe aus einer Gruppe von Seniorinnen und Senioren, die sich ca. alle vier Wochen treffen, um über Probleme der über 60 Jahre alten Einwohnerinnen und Einwohner Burgdorfs zu reden, diese zu analysieren und zu versuchen, diese zu bewältigen.

Es gebe in Niedersachsen bereits 130 Seniorenbeiräte, davon 8 in der Region Hannover.

Die für Burgdorf angedachte Seniorenvertretung wolle nicht mit den vielen Einrichtungen in Burgdorf konkurrieren, sondern sie in ein Informationsnetzwerk für Senioren einbeziehen. Es solle eine Einrichtung geschaffen werden, die mit einem möglichst geringen Aufwand an Formalitäten und Kosten auskomme. Dazu diene der Seniorenrat in Barsinghausen als Vorbild.

So könnte der Seniorenrat Burgdorf zum Beispiel kostenlos eine Neuauflage des veralteten Seniorenratgebers ausarbeiten.

Der Seniorenrat solle nicht durch eine Satzung, sondern lediglich durch eine ca. eine Seite umfassende Gründungserklärung entstehen. Es solle keine aufwendige Wahl betrieben werden, sondern es sei die öffentliche Einladung aller Senioren in Burgdorf zu einer Seniorenversammlung geplant. Sieben Mitglieder würden von der Versammlung direkt gewählt und vier weitere Mitglieder würden von den Gewählten berufen. Es sei nicht notwendig, alle Senioren einzeln einzuladen, sondern dies solle über Anzeigen und evtl. Beilagen in der örtlichen Presse erfolgen. Für diese Seniorenversammlung werde natürlich eine geeignete Räumlichkeit benötigt.

Der Seniorenrat würde sich, ähnlich wie derzeit das Seniorenforum, mit Themen befassen, die Senioren beschäftigen.

Hierzu gehören:

- die Sammlung und Aufbereitung von Informationen, z.B. über altersgerechte Produkte, Angebote von Heimen und Betreuungsdiensten in Burgdorf;
- eine Bedarfsermittlung für Senioren, z.B. Plan für öffentliche Toiletten in Burgdorf, Angebot/Verkauf von Waren in altersgerechter Form: kleine Portionen, lesbare Informationen an der Ware;
- Beratung und Unterstützung des Rates und der Verwaltung sowie der Träger und Betreiber von Alteneinrichtungen der offenen und stationären Altenhilfe;
- Kontakt zu Heimbeiräten, Trägern und Pflegekräften in Burgdorf.

Folgende Ziele möchte das Seniorenforum erreichen:

- Nutzung des Ratssaals für die Seniorenversammlung
- Nutzung eines Büroraumes der Stadt Burgdorf für das Seniorenbüro (Sprechzeit: 1 x wöchentlich)
- Anerkennung durch Politik und Verwaltung durch das Einbeziehen in den Ausschüssen, ein Vertreter als beratendes Mitglied im Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger
- Finanzielle Unterstützung für Sachkosten (nicht Personalkosten)

Herr Morich bedankte sich für den engagierten Vortrag.

Herr Leunig begrüßte die Initiative und erklärte, dass die Ziele von der CDU unterstützt werden. Wichtig sei, dass es sich bei dem Seniorenrat um ein parteiübergreifendes Gremium handle, welches seniorenspezifische Themen und Projekte aufgreife. Eine Einbindung des Seniorenrates in den Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger sowie in den Verkehrsausschuss halte er für sinnvoll. Als Standort für das Seniorenbüro schlage er das Büro des Kontaktbeamten und des Schiedsmannes im Rathaus I vor. Er regte an, dass der Seniorenrat einmal jährlich im Rat Bericht über seine Tätigkeit erstattet.

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn stimmte Herrn Leunig zu. Sie sei sich sicher, dass die Beratungstätigkeit gut angenommen werde. Die FDP unterstütze die Bildung eines Seniorenrates.

Herr Walter befürwortete ebenfalls die Initiative zur Gründung eines Seniorenrates.

Frau Gilke erklärte, auch die SPD stehe dem Vorschlag wohlwollend gegenüber. Sie frage sich aber, welche Qualifikation für die Beratertätigkeit im Seniorenbüro nötig sei.

Herr Büttner antwortete, dass die Beratung darin bestehen solle, der nachfragenden Person den richtigen Weg aufzuzeigen.

Frau Gilke warnte vor der Erwartungshaltung der Bürger, wenn das Seniorenbüro in einem Rathaus untergebracht sei. Es sehe dann so aus, als ob es sich um eine Einrichtung der Stadt handle.

Herr Baxmann gab zu bedenken, dass es dem Seniorenrat an einer demokratischen Legitimation mangle, wenn die Wahl wie vorgeschlagen durchgeführt werde. Den aufgezeigten Weg halte er für zu kompliziert. Er regte an, einen eingetragenen Verein zu gründen, welches die gleiche Wirkung hätte.

Herr Büttner erklärte, es wäre wichtig, allen Senioren zumindest die Möglichkeit zu geben, sich an einer Wahl ihrer Interessenvertretung zu beteiligen. Auch wäre sein Vorschlag günstiger; in Barsinghausen seien für die Wahl nur Kosten von ca. 1.000,00 € entstanden, die selbst oder durch Spenden aufge-

bracht worden seien. Warum eine öffentliche Einladung zur Abgabe der Stimme undemokratisch sein solle, könne er nicht nachvollziehen.

Herr Baxmann stellte klar, dass er der Gründung eines Seniorenrates nicht entgegenstehe, wenn dies politisch gewollt sei. Er habe lediglich die Probleme einer fehlenden Legitimation aufzeigen wollen. Wenn dem Seniorenrat die Legitimation durch eine öffentliche Versammlung reiche, sei das auch akzeptabel.

Frau Effer befürwortete die Gründung eines Seniorenrates und schlug vor, diesen der Stadt Burgdorf anzugliedern.

Herr Schulze wünschte sich an dieser Stelle die gleiche Rede von Frau Prof. Dr. Dr. Wunn wie zu TOP 5. Er teile die Bedenken von Herrn Baxmann hinsichtlich des beabsichtigten Wahlverfahrens. Er sehe die Interessen der Senioren genügend durch die Wohlfahrtsverbände vertreten.

Frau Weilert-Penk betonte, dass eine zentrale Anlaufstelle fehle. Sie sprach allen Wohlfahrtsverbänden gute Arbeit zu, der Seniorenbeirat wolle diese jedoch zusammenführen. Der Rat werde gebraucht. Die SPD stehe diesem wohlwollend gegenüber.

Frau Rück äußerte, dass die SPD schauen wolle, wie der Seniorenrat arbeite und ob er wirklich eine sinnvolle Ergänzung sei. Der Seniorenbeirat solle kein Organ der Stadt Burgdorf werden.

Herr Leunig teilte die Bedenken bezüglich der unzureichenden Legitimierung durch die Seniorenversammlung nicht. In einer Demokratie könne jeder selbst entscheiden, an einer Wahl teilzunehmen. Er sehe es positiv, wenn eine Wahl ohne Wahllokale in einer Versammlung stattfinde, damit würde die Stadt entlastet. Es sollte entschieden werden, dass ein Seniorenrat eingerichtet werden solle.

Herr Baxmann machte darauf aufmerksam, dass hier lediglich über die Arbeit eines Seniorenbeirates berichtet worden sei. Zum jetzigen Zeitpunkt könne kein Beschluss erfolgen, da kein Antrag vorliege. Wenn der Rat die Gründung eines Seniorenbeirates beschließe, wäre dieser ein unter Beachtung der kommunalrechtlichen Vorgaben zu installierendes Gremium. Daher plädiere er weiterhin für die Rechtsform eines eingetragenen Vereins.

Herr Büttner verwies nochmals auf das Modell "Barsinghausen". Die Legitimation des Seniorenrates ergäbe sich ausschließlich durch die Arbeit. Er wünsche sich nur eine positive Unterstützung durch die Verwaltung.

Frau Bindseil äußerte, dass der Seniorenrat viele Gremien bewege und alles Geld koste. Bei den Wohlfahrtsverbänden würde immer gekürzt, aber was Neues werde befürwortet. Es müsse die richtige Form haben.

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn entgegnete, dass Herr Büttner falsch verstanden worden sei. Die Arbeit erfolge durch ehrenamtliches Engagement. Er wolle zum Wohle der Stadt kein Geld haben, lediglich einen Raum für das Seniorenbüro. Sie selbst würde ihre Aufwandsentschädigung von 100,00 € monatlich für die Dauer von einem Jahr für den Seniorenrat spenden.

Frau Effer regte an, dass der Ausschuss sich zum Seniorenbeirat bekennen und die Verwaltung eine Vorlage erstellt möge.

Frau Weilert-Penk entgegnete, dass die unterschiedlichen Argumente in jeder Fraktion eingebracht werden sollten und dann erst die Verwaltung eine Vorlage erstellt. Der Seniorenbeirat würde gebraucht und man müsse in Ruhe beraten.

Herr Baxmann empfahl, eine interfraktionell abgestimmte Resolution zu verabschieden, wonach der Rat die Bildung eines Seniorenrates als Einrichtung

einer privaten Initiative begrüßt. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen könnte über die Bereitstellung von Mitteln für eine finanzielle Unterstützung entschieden werden.

Herr Morich stellte fest, dass es keine Verlierer gebe, eine Zusage des Rates sei möglich. Nun müssten sich zunächst die Fraktionen zusammensetzen.

Herr Philipps betonte nochmals, dass der Ausschuss nicht über Art, Form etc. beschließen kann.

Wenn Herr Büttner mit dem Vorschlag einer interfraktionellen Resolution einverstanden sei, sollte der von Herrn Baxmann vorgeschlagene Weg beschritten werden.

7. Information über die Fachtagung "Selbstbestimmt leben im Alter" vom 15.03.2007

Herr Borrmann berichtete über die Fachtagung "Selbstbestimmt leben im Alter" vom 15.03.2007:

Der Schwerpunkt der Veranstaltung habe dabei beim selbstbestimmten Wohnen im Alter gelegen. Hier seien alternative Wohnformen vorgestellt worden, die in Kooperation von Wohnungsbauunternehmen mit ambulanten Pflegediensten entstanden seien. Insbesondere seien Projekte aus Bielefeld vorgestellt worden, wo sowohl bei neuen Wohnanlagen als auch bei umgebauten Bestandsanlagen ein ambulanter Pflegedienst innerhalb der Anlage integriert worden sei, der die Grundversorgung der Mieter bei Bedarf (ohne Betreuungspauschale) sicherstellen könne. Für ein solches Projekt müsse sich natürlich zunächst ein Wohnungsunternehmen bereiterklären, seinen Wohnungsbestand den Bedürfnissen seiner Mieter im Alter anzupassen. Für einen ambulanten Pflegedienst rechne sich solch ein Konzept nur, wenn innerhalb einer solchen Wohnanlage mindestens fünf Schwerepflegebedürftige zu betreuen seien.

Die Stadtplanungsabteilung habe diese Fachtagung zum Anlass genommen, Wohnungsunternehmen mit Bestandswohnungen in Burgdorf anzuschreiben, um festzustellen, ob Planungen zum (Um-) Bau von Anlagen in Burgdorf bestehen. Mit der OSTLAND Wohnungsgenossenschaft sei für Mitte Juli ein Besprechungstermin vereinbart worden.

Als mögliche weitere Ansatzpunkte für die kommunale Seniorenpolitik seien aufgeführt worden:

- Auf-(Aus-)bau der Infrastruktur (Versorgung mit Geschäften, Ärzten und Apotheken, Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr
- Auf-(Aus-)bau von ehrenamtlichen nachbarschaftlichen Diensten
- Auf-(Aus-)bau von Beratungsangeboten
- Auf-(Aus-)bau von niedrighschwelligigen Hilfs- und Betreuungsangeboten

Da sich die Verhältnisse selbstverständlich in jeder Kommune anders darstellen, wäre ein evtl. Bedarf in den Kommunen zu ermitteln.

Alle Vorträge und Referate der Fachtagung findet man im Internet unter der Adresse:

<http://www.gesundheit-nds.de/dokumentationen/540024991e0eb2a15.htm>

8. Anfragen lt. Geschäftsordnung

- Keine -

9. Anregungen an die Verwaltung

Herr Morich regte an, eine neue Ausgabe des Seniorenratgebers aufzulegen.

Herr Baxmann sprach sich dafür aus, die Gründung des Seniorenrates abzuwarten, da Herr Büttner erklärt habe, der Seniorenrat würde den Seniorenratgeber unentgeltlich ausarbeiten.

Einwohnerfragestunde

- Keine -

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer